



FESTSETZUNGEN gem. § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich	siehe Zeichnung
2. Art der baulichen Nutzung	Reines Wohngebiet § 3 B Nutz VO Wohngebiete
2.1 Zulässige Anlagen	
2.2 Ausnahmsweise zulässige Anlagen	Läden und nicht störende Handverarbeitetriebe, die zur Deckung des üblichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, sowie kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes
3. Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosses	Lt. Plan
3.2 Grundflächenzahl	Lt. Plan
3.3 Geschossflächenzahl	Lt. Plan
3.4 Baumassenzahl	--
3.5 Grundflächen der beulichen Anlagen	--
4. Bauweise	Lt. Plan
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	Lt. Plan
6. Stellung der beulichen Anlagen	Lt. Plan
7. Mindestgröße der Baugrundstücke	Entfällt
8. Höhenlage der beulichen Anlagen	Gleiche Querschnitte (Maß von OK Straße bis OK Erdreichsoberboden)
9. Flächen für Stellplätze und Carports sowie ihre Einfahrten auf den Baugrundstücken	Sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen sowie gem. § 23 Abs. 3 B Nutz VO innerhalb des Bewulchs zulässig, wenn nicht durch Plan-eintragung anders festgesetzt. Bei Doppelanraren (Grenzbebauung) ist auf eine einheitliche Gestaltung zu achten, maßgebend ist die zuerst bauaufsichtlich genehmigte Variante. Zwischen der Straßen-grenzungsline und der Vorderkante der Garage ist ein Abstand von mindestens 5 m einzuhalten.
10. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	Entfällt
11. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen	Gesamter Geltungsbereich
12. Baugrundstücke für besondere beuliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebeuliche Gründe insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.	Entfällt
13. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	Sichtfelder, sind von jeder sicht-behindernden Nutzung und Bepflanzung freizuhalten. Sträucher, Hecken und Einfriedigungen dürfen eine Höhe von 0,80 m über Fahrbahn nicht überschreiten.
14. Verkehrsflächen	Lt. Plan
15. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	Wird in später zu erstellenden Straßenbauprojekt festgelegt.
16. Versorgungsflächen	2 Umformerstationen (Lt. Plan)
17. Führung der oberirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen	Freileitung (Lt. Plan)
18. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	Entfällt
19. Grünflächen	1. Kinderspielflächen 2. Verkehrsgrün 3. Öffentliche Grünanlagen 4. Privatwirtschaftlich genutzte Grünflächen
20. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	Strafendamm in Bereich der Ein-mündung an die Lothringer Straße
21. Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft	Lt. Plan
22. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten begünsteten der Allgemeinheit eines Erschließungs-trägers oder eines beschränkten Personenkrafts zu belastende Flächen	Lt. Plan
23. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgeräten	Lt. Plan
24. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereiches aus Gründen der Sicherheit oder der Gesundheit erforderlich sind	Entfällt
25. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen und ihre Nutzung	Entfällt
26. Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern	Lt. Plan (Standortempfehlung)
27. Bindungen für Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	Lt. Plan

KENNZEICHNUNG VON FLÄCHEN gem. § 9 Abs. 3 BBodG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	Entfällt
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturerwartungen erforderlich sind	Entfällt
3. Flächen, unter denen der Bergbau weicht	Entfällt
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	Entfällt

Die Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BBauG wurde vom Gemeinderat beschlossen am: .....

.....  
(Ort) (Datum)  
.....  
(Siegel) (Unterschrift)

Der Gemeinderat hat den Entwurf gem. § 2 Abs. 6 BBauG zur öffentlichen Auslegung beschlossen am: .....

.....  
(Ort) (Datum)  
.....  
(Siegel) (Unterschrift)

Die fristgerechte Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung mit Anzeigen und Anregungen während der Auslegung ist erfolgt. Die Auslegung kann, erfolgte gem. § 2 Abs. 6 BBauG ortsüblich durch: ..... am: .....

.....  
(Ort) (Datum)  
.....  
(Siegel) (Unterschrift)

Die öffentliche Auslegung des Entwurfes mit Begründung auf die Dauer von mindestens einem Monat erfolgte gem. § 2 Abs. 6 BBauG vom ..... bis einschließlich .....

.....  
(Ort) (Datum)  
.....  
(Siegel) (Unterschrift)

Der Gemeinderat hat diesen Bebauungsplan gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen am: .....

.....  
(Ort) (Datum)  
.....  
(Siegel) (Unterschrift)

Dieser Plan wird gem. § 11 BBauG genehmigt.

.....  
(Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen)  
i. A.

Die ortsübliche Bekanntmachung der Genehmigung gem. § 12 BBauG sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung erfolgte am: .....

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

.....  
(Ort) (Datum)  
.....  
(Siegel) (Unterschrift)

## GEMEINDE WALLERFANGEN

### BEBAUUNGSPLAN IN DER HANSENBERGER SANK

**DGL** DEUTSCHE BAUERNSIEDLUNG 66 SAARBRÜCKEN  
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FELDMANNSTR. 26  
LANDENTWICKLUNG (DGL) GMBH TEL. 0681 / 53 053

DATUM	BEARBEITET	GEZEICHNET
JANUAR 1975		<i>K. Gauder</i>